

Pressedienst Nr. 16523
Montag, 08. Mai 2023

Lebensmittelgipfel bleibt ohne Ergebnisse - Fortsetzungsgespräche geplant	1
Moosbrugger fordert Wurzel der Teuerung zu bekämpfen anstatt Symptome	2
Klimacheck: Rinderhaltung in Österreich hat geringsten CO2-Fußabdruck in Europa	3
"Woche des Schutzwaldes" von 8. - 12. Mai streicht Bedeutung hervor	5
Strasser & Reiter: Heimische Landwirtschaft sichert Lebensmittelversorgung	6
Österreich und Bayern stimmen sich weiter in agrarpolitischen Themen ab	6
Raiffeisen NÖ-Wien-Jahrestagung mit Bekenntnis zu regionaler Verantwortung	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Lebensmittelgipfel bleibt ohne Ergebnisse - Fortsetzungsgespräche geplant

Totschnig fordert mehr Transparenz

Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Der heute, Montagvormittag, im Sozialministerium abgehaltene Lebensmittelgipfel zur Debatte von Anti-Teuerungsmaßnahmen mit Sozialminister **Johannes Rauch**, Vizekanzler **Werner Kogler** und Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** ist ohne Ergebnis zu Ende gegangen, wie die APA berichtet. Es soll jedoch Fortsetzungsgespräche geben, etwa von Wirtschaftsminister Martin Kocher mit Experten und am Rande des Ministerrats. "Es wird Entscheidungen rasch geben", kündigte Rauch, der Initiator der heutigen Gesprächsrunde mit über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an. Neben den drei Ministern waren unter anderem Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident Josef Moosbrugger, ÖGB-Chef Wolfgang Katzian, Rewe-Österreich-Chef Marcel Haraszti, IHS-Direktor Klaus Neusser, Momentum-Institut-Leiterin Barbara Blaha und der stellvertretende Direktor der Diakonie Österreich, Martin Schenk anwesend.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sind im März 2023 in Österreich nach HVPI-Berechnung durchschnittlich um 14,6% gestiegen. "Während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise weltweit seit Monaten zurückgehen, ist diese Entwicklung im Supermarkt noch wenig spürbar. Was es neben einer treffsicheren Entlastung sozial Bedürftiger braucht, ist Preistransparenz. Wie auch schon IHS-Chef Neusser sagte, müssen wir etwas beim Wettbewerb tun und 'über die Bücher gehen'. Etwa indem die Ein- und Verkaufspreise für einen definierten Warenkorb erhoben werden. So schaffen wir Transparenz, ob und in welchem Umfang sinkende landwirtschaftliche Erzeugerpreise beim Konsumenten ankommen. Dazu gab es beim Lebensmittelgipfel große Zustimmung", erklärte Totschnig.

Konkret sollen die Ein- und Verkaufspreise für einen repräsentativen Warenkorb erhoben werden. Damit soll sichtbar werden, ob und in welchem Umfang sinkende landwirtschaftliche Erzeugerpreise beim Konsumenten ankommen.

Ein wichtiger Hebel für leistbare Lebensmittel ist laut Totschnig eine ausreichende Produktion. Daher brauche es ein Bekenntnis zur heimischen Lebensmittelerzeugung. "Überzogene Auflagen und Einschränkungen in der Produktion können zu einem geringeren Angebot und damit zu höheren Preisen führen. Deshalb müssen wir jetzt alles daransetzen, unsere eigene Versorgungssicherheit aufrecht zu erhalten. Nur so wird es auf Dauer leistbare Lebensmittel geben", betonte Totschnig.

Handel weist Schuld von sich

"Der Wettbewerb ist perfekt", erklärte Handelsverband-Geschäftsführer **Rainer Will** im Vorfeld in der "ZiB 2". Zwar werde der Lebensmittelmarkt in Österreich fast zur Gänze von den vier großen Ketten Rewe, Spar, Hofer und Lidl kontrolliert, doch könne keiner dieser Händler seine Preise erhöhen, weil er sonst Kunden verlieren würde, argumentierte Will. Wie auch WKÖ-Handelsobmann **Rainer Trefelik** sieht Will die Schuld für hohe Preise in den Kosten für Energie, Miete, Steuern und nicht in der Branche. Auch Trefelik ortet keinen Handlungsbedarf bei Transparenz oder Wettbewerb. Im Energiesektor gebe es ebenso keine Preistransparenz, zog Trefelik einen Vergleich. (Schluss)

Moosbrugger fordert Wurzel der Teuerung zu bekämpfen anstatt Symptome

Bei wahren Preistreibern ansetzen, anstatt Bauernhöfe wirtschaftlich auszuhungern

Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - "Fakten statt Vermutung und zielgerichtete Maßnahmen" fordert Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ)-Präsident **Josef Moosbrugger** heute beim Lebensmittel-Gipfel in Wien. "Die Lebensmittelpreise sind unvermindert hoch, während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise längst wieder gesunken sind und bei den meisten Produkten auch nur einen geringen Teil des Verbraucherpreises ausmachen. Klar ist somit, dass die Gewinne ganz woanders hängen bleiben. Das System der Preisbildung muss genau durchleuchtet, die wahren Ursachen ermittelt und darauf aufbauende Schritte gesetzt werden", betont Moosbrugger.

Mehr Fairness in der Wertschöpfungskette

"Das Credo muss lauten: Bei Preistreibern ansetzen, anstatt Bauernhöfe wirtschaftlich auszuhungern. Diese stehen aufgrund hoher Kosten und niedriger Erlöse aktuell wieder massiv unter Druck oder schauen gar durch die Finger", unterstreicht der LKÖ-Präsident. "Das kurzfristige Einkommensplus von 2022 darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses von einem sehr niedrigen Niveau ausging und die Erlöse bei vielen längst wieder dramatisch zurückgehen. Wir brauchen dauerhaft einen größeren, kostengerechten Wertschöpfungsanteil - zur Absicherung unserer heimischen Lebensmittelerzeugung, bei der ständig durch immer mehr Auflagen die Produktionskosten weiter in die Höhe getrieben werden. Wer eine gesicherte regionale Lebensmittelversorgung der Bevölkerung erhalten will, muss für den notwendigen Wertschöpfungsanteil der Bäuerinnen und Bauern sorgen. Es braucht mehr Fairness im System", so Moosbrugger weiter.

Wenn der Verbraucherpreis einer Semmel bei 0,32 Euro liegt, entfallen nur 6% bzw. 0,02 Euro auf den Rohstoffanteil und landen somit bei der Bäuerin bzw. dem Bauern. Bei 2,91 Euro für 1 kg Brot sind es 8,4% oder 25 Cent, die beim bäuerlichen Betrieb ankommen. Bei einem Verbraucherpreis von 1,46 Euro für einen Liter Vollmilch erhalten die Landwirtin bzw. der Landwirt nur 50 Cent oder 34% (LKÖ-Berechnungen auf Datenbasis 2022).

Zielgerichtete Entlastungen statt Gießkanne

Von Maßnahmen wie einer Absenkung oder Streichung der Mehrwertsteuer für bestimmte Grundnahrungsmittel hält der LKÖ-Präsident nicht viel. "Wir brauchen zielgerichtete Entlastungen sozial benachteiligter Menschen statt einer Gießkanne auf Kosten der kommenden Generationen", so Moosbrugger, der bezweifelt, dass solche Steuersenkungen tatsächlich dauerhaft an die Bevölkerung weitergegeben würden. Er fordert darüber hinaus, dass Maßnahmen zur Unterstützung sozial Bedürftiger nicht die "Geiz ist geil"-Mentalität generell befeuern dürfen. "Wir brauchen einen nachhaltigen Systemwechsel, bei Lebensmitteln darf nicht der Billigste als Bester gelten."

"Wir sollten vielmehr überlegen, ob es wirklich sinnvoll und notwendig ist, unser - gemeinsam mit Norwegen - dichtestes Supermarktnetz Europas noch weiter auszubauen und einen Wettbewerb um die luxuriösesten Filialen zu führen. Auch die im EU-Vergleich hohen Lohnnebenkosten, die von der Urproduktion über sämtliche Verarbeitungsstufen bis ins Geschäft durchschlagen, sollten unter die Lupe genommen werden", hebt der LKÖ-Präsident hervor.

Energieabhängigkeit als zentrale Ursache im Auge behalten und behandeln

"Letztendlich dürfen wir auch die zentrale Ursache der aktuellen Situation nicht aus den Augen verlieren und das ist der Krieg und unsere massive Abhängigkeit von fossiler Energie aus politischen Krisenregionen. Wir brauchen mehr Energieeffizienz, Energiesparen und einen breiten Mix aller erneuerbaren Energien. Die heimische Land- und Forstwirtschaft hat mit ihren Dächern für PV-Anlagen sowie mit Biogas und Biomasse noch enorme ungenutzte Potenziale, die es zu heben gilt. Erste wichtige Zukunftsinvestitionen der Regierung wurden gesetzt, aber es braucht weitere. Dazu zählen der Netzausbau und verlässliche Rahmenbedingungen für unsere bäuerlichen Betriebe", schließt Moosbrugger. (Schluss) APA OTS 2023-05-08/08:04

Klimacheck: Rinderhaltung in Österreich hat geringsten CO2-Fußabdruck in Europa

LK Kärnten sagt Nein zu Mercosur

Klagenfurt, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Die Landwirtschaftskammer Kärnten hat die Rinderhaltung in dem Bundesland einem Klimacheck unterzogen. Experten setzen der häufig geäußerten Kritik an der Rinderhaltung als "Klimakiller" mit wissenschaftlich basierten Daten und Fakten entgegen. **Stefan Hörtenhuber**, Nutztierexperte der Universität für Bodenkultur, klärt dazu im Rahmen einer Pressekonferenz auf: "Die kreislauforientierte Rinderhaltung ist die große Stärke der bäuerlichen Familienbetriebe in Kärnten. Die Betriebe setzen stark auf heimische Futtermittel. Das ist die Grundlage für die gute CO2-Bilanz von heimischem Rindfleisch." Konkret nennt Hörtenhuber die CO2-Bilanz von Kärntner Rindfleisch im Vergleich zu jenem aus Brasilien: "Die Treibhausgasemissionen liegen hierzulande pro kg Rindfleisch bei rund 14 kg CO2. Damit haben die heimischen Rinderbauern die beste Klimabilanz in ganz Europa. In Brasilien liegt dieser Wert - nicht zuletzt auf Grund der Rodung von Urwaldflächen - bei mehr als 80 kg CO2 pro kg Fleisch."

Mythos Methan

Im Rahmen der Pressekonferenz nimmt Hörtenhuber auch zu einem weiteren Kritikpunkt an der Rinderhaltung im Hinblick auf den Klimawandel Stellung - zur Methan-Emission. "Methan ist zwar um ein Vielfaches klimawirksamer als CO2, es wird aber in der Atmosphäre innerhalb von durchschnittlich zwölf Jahren wieder abgebaut. Im Gegensatz dazu kumuliert ein Teil des CO2 aus der Verbrennung von Öl und Gas in der Atmosphäre. Vor diesem Hintergrund wurde die Klimawirksamkeit von Methan in den bisherigen Berechnungen überschätzt. Wendet man die auch vom Weltklimarat neu ins Spiel gebrachte Berechnungsmethodik GWP-Stern an, zeigt sich, dass die Klimawirksamkeit je kg Milch um 50% und jene von Rindfleisch um 40% unter den bisherigen Werten liegt", erläutert der BOKU-Experte, der erstmals den Effekt der neuen Berechnungsmethodik auf die österreichische Tierhaltung berechnet hat.

Vegane Ernährung rettet das Klima nicht

Im Hinblick auf den Ernährungsstil wartet Hörtenhuber mit interessanten Erkenntnissen auf: Im Schnitt emittiert ein Österreicher rund 11 t CO2. Nur etwas mehr als 2 t davon entfallen bei einem durchschnittlichen Fleischkonsum auf den Bereich Ernährung. Bei einem Umstieg auf eine vegane

Ernährung reduzieren sich die CO₂-Emissionen nur um rund 800 kg. Damit wird klar, dass man mit einem kompletten Verzicht auf tierische Lebensmittel (Fleisch, Milch, Eier) nur rund 7% des gesamten CO₂-Fußabdruckes reduzieren kann. "Was man mit der Umstellung der Ernährung maximal erreichen kann, liegt in der Größenordnung einer Flugreise von Klagenfurt nach Madrid und retour. Das heißt, eine Ernährungsumstellung kann einen Beitrag leisten, aber sie rettet die Klimabilanz nicht. Es braucht in jedem Bereich eine starke Reduktion", schlüsselt Hörtenhuber auf, der daran erinnert, dass für den massiven Anstieg der Treibhausgasemissionen und das rasche Vorschreiten des Klimawandels primär die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle verantwortlich ist.

Nein zu Mercosur - Nein zum Klimakiller am Griller

Angesichts der wissenschaftlichen Fakten wird für **Siegfried Huber**, Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten, klar, dass eine Fokussierung auf Rinderhaltung in der Klimadebatte falsch ist: "Wir lassen uns den Schwarzen Peter im Klimaschutz nicht zuschieben. Wer die Rinderhaltung als Klimakiller kritisiert, lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Was wir brauchen, ist ein Turbo beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger, um die Treibhausgasemissionen aus der Ölverbrennung zu stoppen."

Hinsichtlich der schlechten Treibhausgasbilanz von südamerikanischem Rindfleisch fordert der LK-Präsident einmal mehr ein klares "Nein" Europas zum Mercosur-Freihandelsabkommen, das die EU mit Südamerika abschließen will. "Es ist ein Hohn, von den heimischen Bauern immer mehr Auflagen zu verlangen und gleichzeitig die Zölle für klimaschädliche Rindfleischimporte einzustampfen. Dieses Abkommen ist ein Schlag ins Gesicht der Kärntner Rinderhalter und würde das Aus für viele Betriebe bedeuten", hält Huber fest. Zwar stemme sich Österreich vehement gegen das Abkommen, die Verbündeten innerhalb der EU würden aber immer weniger und die Stimmen, das Abkommen abzuschließen, immer lauter. Vom Freihandelspakt besonders betroffen wäre die Kärntner Rinderwirtschaft, die mit 70% Anteil an der Wertschöpfung das Rückgrat der heimischen Landwirtschaft darstellt. "Auf den Agrarmärkten reichen bereits geringe zusätzliche Mengen aus, um die Preise in den Keller zu schicken. Kommt das Abkommen, wird auch auf österreichischen Tellern vermehrt Regenwald-Rindfleisch landen - und das zu einem Preis, bei dem die heimischen Bauern nicht mitkommen", warnt Huber.

Abschließend appelliert der Präsident der Kärntner Landwirtschaftskammer an die Konsumenten, beim Einkauf auf heimische Produkte zu setzen: "Wer beim Grillen ein gutes Gewissen haben will, greift zu heimischem Rindfleisch. Das ist ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und hilft den Bauern und der Wirtschaft vor Ort." Denn im Gegensatz zu heimischem Rindfleisch sei jedes aus Südamerika importierte Steak ein wahrer "Klimakiller am Griller". (Schluss)

"Woche des Schutzwaldes" von 8. - 12. Mai streicht Bedeutung hervor

Totschnig: Jede vierte Person in Österreich profitiert

Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft initiierte "Woche des Schutzwaldes" findet heuer von 8. bis 12. Mai statt. Höhepunkt ist die Bundesschutzwaldplattform von 11. bis 12. Mai am Waldcampus Traunkirchen. "Rund 42% der österreichischen Waldfläche besteht aus Wäldern mit Schutzfunktion, das entspricht rund 1,6 Mio. ha. Jede vierte in Österreich lebende Person profitiert direkt von den Schutzwirkungen des Waldes und ohne diese Schutzfunktion könnten knapp 50% des Lebens- und Wirtschaftsraumes des Landes nicht genutzt werden", streicht Forstwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** die Bedeutung hervor.

Ein stabiler Schutzwald sei allerdings keine Selbstverständlichkeit. "Strukturelle Überalterung und fehlende Verjüngung, veränderte gesellschaftliche Nutzungsansprüche an den Wald, lokal erhöhter Wildeinfluss und die Auswirkungen des Klimawandels belasten sein ökologisches Gleichgewicht stark und vermindern seine Funktionalität zum Objekt- und Standortschutz", so Totschnig.

Dabei gibt es drei verschiedene Arten von Schutzwald, wie das Ministerium erklärt:

Standortschutzwälder sind Wälder, deren Standort durch die abtragenden Kräfte von Wind, Wasser oder Schwerkraft gefährdet ist. Sie erfordern eine besondere Behandlung zum Schutz des Bodens und des Bewuchses sowie zur Sicherung der Wiederbewaldung.

Objektschutzwälder sind Wälder, die Menschen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen oder kultivierten Boden vor Gefahren und schädigenden Umwelteinflüssen schützen. Sie halten unter anderem Lawinen und Steine auf, vermeiden Rutschungen und speichern abfließendes Niederschlagswasser. Sie erfordern eine besondere Behandlung um ihre Schutzwirkung sicherzustellen.

Bannwälder sind mit Bescheid definierte Objektschutzwälder zur direkten Abwehr bestimmter Gefahren. Die Bannlegung bedeutet, dass erforderliche Maßnahmen und Unterlassungen von der Forstbehörde vorgeschrieben werden. Falls dadurch finanzielle Nachteile entstehen, haben Waldeigentümer Anspruch auf Entschädigung.

"Wir arbeiten aufgrund der Vielzahl an Herausforderungen für den Schutzwald gemeinsam mit allen relevanten Akteuren an unserer Vision für einen starken Schutzwald: klimafitte und stabile Wälder, die nachhaltig vor Naturgefahren schützen, wirtschaftlich attraktiv gepflegt und von der Gesellschaft anerkannt werden. Dazu wurden 2022 mit Bundesmitteln aus dem Katastrophenfonds rund 15 Mio. Euro im Schutzwald durch flächenwirtschaftliche Projekte - mit Fokus im Objektschutzwald - investiert. Dies ist ein essentieller Beitrag zur Stärkung unserer Regionen", so Totschnig. (Schluss)

Strasser & Reiter: Heimische Landwirtschaft sichert Lebensmittelversorgung

Bekenntnis zu österreichischen Produktionsstandards notwendig

Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Die Teuerung ist in aller Munde, die größten Preisanstiege gibt es im Tourismus, bei Möbeln, Freizeitdienstleistungen und Neuwagen. Besonders intensiv wird über die Preisentwicklung bei Lebensmitteln diskutiert. Auch wenn sich in diesem Bereich die Verhältnisse gerade wieder stabilisieren, sind im Vergleich zum Vorjahr die Preise im März um fast 15% gestiegen, was vielen Haushalten Kopfzerbrechen bereitet.

Dabei stellt die Preisentwicklung in Österreich keinen Einzelfall dar, erklärt Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** : "Führt man sich den EU-Vergleich vor Augen, bemerkt man, dass Österreich mit einer Preissteigerung bei Lebensmitteln von 14,6% zwischen März 2022 und März 2023 am hinteren Ende liegt. Der Durchschnitt liegt bei etwa 20%, mit etwa 45% ist Ungarn Spitzenreiter. Zudem ist die Bundeswettbewerbsbehörde eingeschaltet und beobachtet den Sektor aufmerksam."

Auch bei den einzelnen Lebensmitteln sei der Anteil, den die Bäuerinnen und Bauern bekommen, oftmals verschwindend gering, führt die Jugendsprecherin des Bauernbundes, **Carina Reiter**, aus. "Für die Erdäpfel, die in einer großen Portion Pommes Frites (160g, 3,80 Euro) enthalten sind, erhält der Bauer lediglich 3,2 Cent. Für die Braugerste, in einem Krügerl Bier (4,40 Euro), steht dem Bauern mit 3,4 Cent ebenfalls weniger als 1% des Gesamtpreises zu. 25 Cent erhält ein Ackerbauer für das Getreide, das in einem Kilo Mischbrot verarbeitet ist", so Reiter.

Preistreibender Faktor seien vor allem die Produktionskosten. Was es brauche, seien effektive Maßnahmen zur deren Eindämmung, so Strasser und Reiter: "Die Energiekosten machen den Bäuerinnen und Bauern nach wie vor zu schaffen, die Düngerpreise haben sich zum Teil mehr als vervierfacht. Es braucht ein Bekenntnis zur heimischen Landwirtschaft und zu den österreichischen Produktionsstandards wie etwa der Gentechnikfreiheit. Damit soll die Versorgung mit Lebensmitteln sichergestellt werden und gleichzeitig sollen möglichst stabile Preise für alle Marktteilnehmer vom Hof bis zum Teller gewährleistet werden." (Schluss) APA OTS 2023-05-08/08:14

Österreich und Bayern stimmen sich weiter in agrarpolitischen Themen ab

Gemeinsame Erklärung über Eckpunkte und Zielrichtung verabschiedet

Berchtesgaden/Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Ende vergangener Woche haben sich Bundesminister **Norbert Totschnig** und Bayerns Agrarministerin **Michaela Kaniber** bei einem Treffen im Berchtesgadener Land über agrarpolitische Themen ausgetauscht. Bei der regelmäßigen bayerisch-österreichischen Strategietagung wurde diesmal ein Papier verabschiedet, das die Eckpunkte und Zielrichtung der politischen Arbeit für die Land- und Forstwirtschaft und die ländlichen Räume beider Länder enthält.

"Wenn die Land- und Forstwirtschaft auch zukünftig ihre vielfältigen Leistungen für die gesamte Gesellschaft erbringen soll, müssen die bäuerlichen Familienbetriebe zugleich nachhaltig und

wettbewerbsfähig agieren können. Bayern und Österreich sind sich darüber einig, dass eine gute Agrarpolitik den Betrieben die entsprechenden Instrumente an die Hand geben muss", so Kaniber. Totschnig sagte: "Ob es um den Schutz unserer Almwirtschaft aufgrund der zunehmenden Wolfsproblematik oder um die Lebensmittelversorgungssicherheit geht - wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir für unsere Bäuerinnen und Bauern die besten Rahmenbedingungen schaffen. Unsere gemeinsame Erklärung zielt genau darauf: Bäuerinnen und Bauern sind ein unverzichtbarer Grundstein und integraler Bestandteil der europäischen Gesellschaft - und wir müssen alles dafür tun, dass das auch so bleibt."

Die globalen Krisen der letzten Jahre hätten gezeigt, dass der eingeschlagene Weg in Richtung einer wettbewerbsfähigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft auf der Basis bäuerlicher Familienbetriebe solide Rahmenbedingungen für eine resiliente und gesicherte Lebensmittelversorgung brauche. "Vor allem müssen wir unseren Familienbetrieben Zukunftsperspektiven geben, der ländliche Raum muss gestärkt und unsere Vorreiterrolle in den Bereichen des Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutzes weiter ausgebaut werden", so Kaniber und Totschnig. Um die Weidetierhaltung als von der Gesellschaft gewünschte Form der Tierhaltung nicht weiter zu gefährden, fordern die Ministerin und der Minister eine "offene Diskussion über den Schutzstatus des Wolfs". Michaela Kaniber: "Die EU-Kommission muss endlich verstehen, dass gerade im Alpenraum der strenge Schutzstatus des Wolfs die wichtige Arbeit unserer Bergbauern und ihre Existenzen aufs Spiel setzt."

Die bei den Schwerpunkten Klimaschutz, Biodiversität und Tierwohl weiterentwickelte Gemeinsame EU-Agrarpolitik sei ein "probates Zukunftsprogramm für unsere Bäuerinnen und Bauern". Daneben gebe es aber zahlreiche andere europäische Initiativen und Strategien, die sich dem Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft widmen und Maßnahmen gegen den Klimawandel setzen. Deren Auswirkungen - insbesondere die des Green Deals - auf die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen, auf die Eigenversorgung und auf die regionalen Wirtschaftskreisläufe müssen aber laut Kaniber und Totschnig dringend in ihren Folgen bewertet und berücksichtigt werden.

Auch für den Erhalt der vielfältigen Funktionen der bayerischen und österreichischen Wälder machen sich die beiden Agrarpolitiker in ihrer gemeinsamen Erklärung stark. Die Wertschöpfung durch den Rohstoff Holz, Schutz vor Naturgefahren, Biodiversität und Klimaschutzfunktion seien wichtige Eckpfeiler. Bei der Reduktion von fossilen Energieträgern und der Transformation zu nachhaltiger Bioökonomie könne der Rohstoff Holz wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten. Michaela Kaniber: "Für mehr Klimaschutz und für eine nachhaltige und sichere Rohstoffversorgung brauchen wir unser heimisches Holz. Jede Entscheidung gegen diesen Rohstoff ist nicht nur eine Entscheidung gegen die Waldbesitzer, sondern auch gegen künftige Generationen. Für den Aufbau klimastabiler Wälder ist eine Politik, die den Rohstoff Holz ausbremst, fatal! Denn nur wenn es sinnvolle Absatzwege gibt, lohnt sich auch die Waldpflege. Wer unser heimisches Holz nicht als nachwachsenden und klimafreundlichen Rohstoff versteht, befindet sich auf dem absoluten Holzweg."

Die gemeinsame Erklärung kann auf aiz.info heruntergeladen werden. (Schluss)

Raiffeisen NÖ-Wien-Jahrestagung mit Bekenntnis zu regionaler Verantwortung

Kundenzentrierung, Innovation und Teamgeist im Fokus

Wien, 8. Mai 2023 (aiz.info). - Die traditionelle Jahrestagung von Raiffeisen NÖ-Wien fand vergangenen Freitag mit mehr als 800 Gästen aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion in der Messe Wien statt. Gleichzeitig wurde das 125-Jahrs-Jubiläum nach Gründung der Niederösterreichischen Genossenschafts-Centralcasse im Jahr 1898 gefeiert. Unter den hochrangigen Gästen befanden sich u.a. Bundeskanzler **Karl Nehammer** und Niederösterreichs Landeshauptfrau **Johanna Mikl-Leitner**. Die beiden Gastgeber **Erwin Hameseder**, Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, und **Michael Höllerer**, Generaldirektor Raiffeisen NÖ-Wien, gaben einen Einblick in derzeitige Schwerpunkte.

Hameseder, Obmann der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien, unterstrich in seiner Rede, dass Werte wie Beständigkeit, Verlässlichkeit und Zusammenhalt heute wichtiger denn je sind, um für rund 1,2 Mio. Kund:innen und mehr als 430.000 Mitglieder täglich sein Bestes zu geben: "Wir gehen mit der Zeit, verlieren dabei aber niemals die Bodenhaftung. Denn darin liegt unsere Stärke und begründet sich unsere Resilienz. Wir tragen - nicht zuletzt durch unsere Wertschöpfung und unsere wichtige Rolle als Arbeitgeber - zur Krisenfestigkeit unserer Heimat bei." Hameseder weiter: "Wenn es um den Nutzen für möglichst viele Menschen geht, scheint die ausufernde Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte inzwischen an ihre Grenzen gekommen zu sein. Europa, Österreich, Niederösterreich müssen hier wieder zu stärkerer Selbstständigkeit zurückfinden. Eine klare strategische Ausrichtung bei Raiffeisen wird daher die weitere und stärkere Regionalisierung unseres wirtschaftlichen Engagements sein."

Das Geschäftsjahr 2022 zeige, dass Raiffeisen NÖ-Wien robust aufgestellt ist, so Hameseder. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen erwirtschafteten die Beteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien in sämtlichen Geschäftsfeldern - Bank, Agrar, Infrastruktur und Medien - sehr erfreuliche Ergebnisse. "Wir können zufrieden sein", so Hameseder. "Auch die 44 Raiffeisenbanken in Niederösterreich haben ein starkes Zeichen ihrer wirtschaftlichen Kraft gesetzt und erwirtschafteten zum zweiten Mal in Folge das beste Ergebnis ihrer Geschichte." Hameseder sprach auch den Generationenwechsel in Geschäftsleitung und Vorstand bei Raiffeisen NÖ-Wien an: "Wir glauben an die nächste Generation und daran, dass sie - wie ihre Vorgänger-Generationen - etwas zum Positiven verändern kann. Daher ist es Ziel, Jungen noch mehr Raum zu geben und sie ganz klar und stark einzubinden. Denn hier liegt die Zukunft."

Höllerer, Generaldirektor Raiffeisen NÖ-Wien, betonte: "Wir haben einen Prozess der Transformation gestartet. Weil wir den Wandel unserer Welt und unseres Geschäftes aktiv und aus eigener Initiative selbst mitgestalten wollen." Als wichtigsten Punkt sieht Höllerer dabei unternehmerische Resilienz und Kundenzentrierung: "Wir verstehen uns als Wegbegleiter für unsere Kundinnen und Kunden in allen Lebensabschnitten - von jungen Menschen in Ausbildung bis hin zur Pension. Das beginnt beim Aufbau von Wohneigentum und reicht bis zum mittelständischen Unternehmen, Beispiel Raiffeisen Unternehmerfonds. Denn Unternehmertum und Raiffeisen - das sind natürliche Partner."

Höllerer unterstrich außerdem, dass Raiffeisen NÖ-Wien schon jetzt viele Initiativen in den unterschiedlichen Lebensbereichen fördere und künftig noch stärker seiner Herkunft aus der Mitte der Gesellschaft gerecht werden will: "Menschen mit Mut, regionale Initiativen, Armutsbekämpfung

und Bildung. Dort sehen wir Schwerpunkte unserer Unterstützungstätigkeit." Mit Blick auf das Beteiligungsportfolio der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien ergänzte Höllner: "Wir wollen uns in unseren Geschäftsfeldern klar positionieren und wichtigen Trends folgen. Dazu zählen Investments in neue Geschäftsfelder, wie zuletzt in Neoh, oder auch die Prüfung einer Kooperation mit Bitpanda." Ein interner Innovationsprozess für alle Mitarbeiter:innen von Raiffeisen NÖ-Wien sowie die Gründung einer eigenen Tradition & Innovation Genossenschaft unterstütze diesen Weg.

Nehammer: Jahrestagung ist Zeichen der Beständigkeit

Nehammer bedankte sich in seiner Ansprache für das gesellschaftliche Engagement von Raiffeisen: "Die Jahrestagung ist nicht nur das Zusammentreffen der großen Raiffeisen NÖ-Wien-Familie. Sie ist auch Ausdruck des Zusammenhalts und ein Zeichen der Beständigkeit. Seit fast 140 Jahren steht die Marke Raiffeisen für Sicherheit und Stabilität. Sie hat sich gerade in Zeiten der großen Unsicherheiten als verlässlicher Partner für die Menschen in unserem Land erwiesen - vor allem dann, wenn die Hilfe am meisten benötigt wurde. Dabei stand immer und steht auch heute noch der Grundgedanke von Friedrich Wilhelm Raiffeisen im Vordergrund: Die Regionalität, die Verbundenheit mit der Bevölkerung und der direkte Kontakt zum Menschen. Raiffeisen NÖ-Wien zeichnet sich aber auch durch ihr Bekenntnis nicht nur zu wirtschaftlicher, sondern auch zu gesellschaftlicher Verantwortung aus. Ihr Engagement in sozialen und kulturellen Fragen und für eine nachhaltige Entwicklung sind beeindruckend. Als wichtiger Arbeitgeber und durch ihre vielfältigen Tätigkeiten trägt Raiffeisen NÖ-Wien wesentlich zum Wohlstand unseres Landes bei. Solche Unternehmen braucht es in Österreich heute wie damals und für die Zukunft! Ich wünsche Raiffeisen NÖ-Wien auch weiterhin viel Erfolg."

Mikl-Leitner: Raiffeisen ist unverzichtbarer Partner für Land und Leute

Mikl-Leitner ging auf die Stärkung der Regionen ein: "Raiffeisen NÖ-Wien und das Land Niederösterreich verbindet eine enge Partnerschaft, wenn es darum geht die Menschen, Unternehmen, Kunst und Kultur oder die Forschung in allen Regionen unseres Landes zu unterstützen und zu fördern. Oder auch wenn wir an die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes und die Realisierung wichtiger Erfolgsprojekte, wie den E10-Kraftstoff, denken, mit dem bis zu 200.000 t CO2 eingespart werden können. Das alles macht Raiffeisen zu einem unverzichtbaren Partner für Land und Leute und dafür sagen wir danke."

Realität oder Illusion? Mind Performance Experte begeisterte

Zum Abschluss wurde den Besucher:innen auf eindrucksvolle Weise veranschaulicht, wie das Unmögliche möglich gemacht werden kann. Thorsten Havener, Autor von sechs internationalen Bestsellern und von Medien als "angehendes Weltwunder" bezeichnet, verknüpfte in seiner Performance die Geheimnisse der Menschenkenntnis, Körpersprache sowie Suggestion.

Die Jahrestagung wurde auch heuer wieder als zertifiziertes Green Event abgehalten. (Schluss)